

Schule als Mittel der Politik

Beitrag von „barmeliton“ vom 8. Mai 2015 17:09

Geehrtes Forum!

Meine Schule (Stadtteilschule Hamburg) verkommt immer mehr zu einer Institution um politische Ziele durchzusetzen. Die ursprünglichen Ziele sind ja eigentlich die einer Bildungsinstitution für Kinder. Aber in unserer Alltagsrealität geht es immer weniger um schulische Inhalte. Das Lernen ist zur (lästigen?) Nebensache verkommen.

Das größte politische Ziel das an unserer Schule verfolgt wird ist die Ganztagsbetreuung. Das führt dazu, dass teilweise die 7. und 8. Stunde am Nachmittag vertreten wird, damit die Kinder nicht nach Hause geschickt werden. Egal ob noch gescheiter Unterricht stattfindet oder nicht. In der Regel kann in diesen Vertretungsstunden keine echte Vertretung stattfinden, da der Lehrer diesen Unterrichtsstoff gar nicht weiter führen kann. Übernächste Woche haben wir eine ganztägige schulinterne Lehrerfortbildung. In einem Brief an die Eltern heißt es dazu vom Direktor: "Die Unannehmlichkeiten im Zusammenhang mit dem Unterrichtsausfall bitten wir zu entschuldigen. ..."

Das wird mir persönlich langsam zu viel. Ist das an Euren Schulen ähnlich oder ist das eine Hamburger Spezialität?

Beitrag von „neleabels“ vom 8. Mai 2015 17:14

Schule war schon immer das Mittel der Politik und wird auch immer das Mittel der Politik bleiben. Daran ist nichts verwerflich, schließlich ist das politische Ziel in unserer Gesellschaft idealerweise die Erziehung des heranwachsenden Bürgers zu demokratischen und pluralistischen Überzeugungen. Es ist prinzipiell auch nichts dagegen einzuwenden, dass die Art und Weise, wie das Schulsystem politische Vorgaben umsetzt, Ergebnis eines demokratischen Willensbildungsprozesses ist. Ob das im gegenwärtigen Zustand der Republik gegeben ist und ob und wie daran etwas zu ändern ist, ist natürlich eine offene Frage, die ihrerseits im politischen Prozess geklärt werden muss.

Im Einzelfall mag einem das Ergebnis als Lehrer, der ein politischer Mensch ist, nicht gefallen - am Grundsatz, dass ich als Beamter die Entscheidungen der demokratisch legitimierten Regierung umsetze und nicht sabotiere, ändert das aber nichts.

Nele

Beitrag von „Mikael“ vom 8. Mai 2015 17:25

Zitat von neleabels

am Grundsatz, dass ich als Beamter die Entscheidungen der demokratisch legitimierten Regierung umsetze und nicht sabotiere, ändert das aber nichts.

Genau! Und wenn die aktuelle politische Agenda die Ganztagsbespaßung an Schulen durch Lehrkräfte zum Inhalt hat, statt gut vor- und nachbereiteten (was ja auch Zeit kostet!) Unterricht, in dem die Schüler wirklich etwas lernen, dann hat man das als Lehrer und Beamter zu akzeptieren und darf nicht in den Wahn verfallen, die Gesellschaft und die Schüler durch idealistische Selbstausbeutung vor dem neuestem politischen Irrsinn retten zu wollen.

Gruß !

Beitrag von „neleabels“ vom 8. Mai 2015 17:45

Dann wäre es für dich also auch kein Problem, wenn ein Polizist die Vorschriften für die Durchsuchung deiner elektronischen Korrespondenz etwas weiter fasst, weil es geht schließlich um staatliche Sicherheitsfragen? Oder wenn der Finanzbeamte die Urteile zur Absetzbarkeit deiner Arbeitsmittel ignoriert, weil er findet, dass Besserverdienende steuerlich bitteschön etwas strenger bewertet müssen, die Regierung sei doch ohnehin nur die Regierung der Besserverdienenden?

Solche Dinge passieren, wenn sich Staatsdiener, und nichts anderes sind wir Lehrer, anmaßen, ihre eigene Meinung über die Entscheidungen der Demokratie zu stellen. Was dabei rauskommt, hatten wir schon einmal in Deutschland. So schwierig es zu akzeptieren ist, unser Staatssystem kann nur dann funktionieren, wenn wir als Staatsbedienstete sehr sorgfältig zwischen dem differenzieren, was wir pflichtgemäß in unserem Ermessensspielraum dem Staat an Gehorsam leisten, und dem, was wir als private und mündige Bürger tun und leisten. Diese Bereiche greifen ineinander über, aber so lange der Gehorsam nicht prinzipiellen ethischen Überzeugungen widerspricht, müssen wir die Ansprüche an uns erfüllen.

Dass wir unseren Dienstherrn als Vollhohnversammlung betrachten und unser Ministerium als Sammelbecken der unbrauchbarsten kleinsten Teiler, ist sicherlich nachvollziehbar und durch Realität wohl auch gestützt, das reicht aber nicht als Rechtfertigung für inneren Widerstand

gegenüber der demokratisch legitimierten Regierung.

Nele

Beitrag von „Mikael“ vom 8. Mai 2015 18:20

Verstehe deine Einwendungen absolut nicht. Wenn der demokratisch gewählte Souverän will, dass Lehrkräfte ihre Zeit mit Ganztagsbetreuung verbringen statt mit der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung guten Unterrichts, dann muss eine Lehrkraft das akzeptieren. Mit einem begrenzten Zeitkontingent (vulgo "Jahresarbeitszeit") lässt sich nun einmal nicht alles, was wünschenswert wäre, gleichzeitig erfüllen. Auch als Beamter ist man nicht zur Selbstaussbeutung verpflichtet, schon gar nicht als Lehrer, insbesondere da unabhängige Untersuchungen zeigen, dass Lehrkräfte sowieso schon mehr arbeiten als der Durchschnitt der Bevölkerung oder der restliche öffentliche Dienst. Also setzt man die Prioritäten so, wie es der Dienstherr will. Ganz ohne schlechtes Gewissen. Was hast du damit für ein Problem?

Gruß !

Beitrag von „Claudius“ vom 8. Mai 2015 18:27

[Zitat von neleabels](#)

Dann wäre es für dich also auch kein Problem, wenn ein Polizist die Vorschriften für die Durchsuchung deiner elektronischen Korrespondenz etwas weiter fasst, weil es geht schließlich um staatliche Sicherheitsfragen? Oder wenn der Finanzbeamte die Urteile zur Absetzbarkeit deiner Arbeitsmittel ignoriert, weil er findet, dass Besserverdienende steuerlich bitteschön etwas strenger bewertet müssen, die Regierung sei doch ohnehin nur die Regierung der Besserverdienenden?

Oder ein Offizier im Krieg, der verbrecherische Befehle ignoriert und sabotiert wo er nur kann, weil sein Gewissen ihm trotz Eid verbietet derartige Befehle zu befolgen. Das ist wohl der Unterschied zwischen Gehorsam und Kadavergehorsam. 😊

Ich würde definitiv nicht alles tun, was mein Dienstherr mir vorschreibt. Ich würde ggf. erstmal versuchen im Rahmen des vorhandenen Spielraumes im Berufsalltag diese Vorschriften zu

umgehen, wenn ich sie mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann. Und wenn es da überhaupt keine Spielräume geben würde, dann würde ich die Konsequenzen ziehen und meinen Beruf aufgeben.

Zum Thema: In Hamburg fällt mir gerade wieder die Schulreform ein, die vom gesamten Senat einstimmig geplant und gewollt war und die schliesslich von den Bürgern in einem Volksentscheid gekippt wurde.

Beitrag von „Mikael“ vom 8. Mai 2015 18:39

Der Vergleich "Schule" und "Krieg" ist doch etwas weit hergeholt, soweit sind wir im schulischen Alltag noch nicht...

Aber Stichwort Wissenskonflikte: Was gewichst du denn höher? Das Recht auf Bildung ("guter Unterricht")? Das Recht auf gesellschaftlichen Teilhabe ("Inklusion")? Das Recht auf Erziehung und Persönlichkeitsentwicklung unabhängig von der sozialen Herkunft ("Ganztagsbetreuung")? Willst du alles drei gleichzeitig möglichst optimal erreichen? Dann viel Spaß mit dem Burnout aufgrund der unter den gegebenen schulischen Bedingungen (Personal, Ausstattung, Gebäude) nicht auflösbaren Zielkonflikte. Oder soll nicht doch lieber der "demokratische Souverän" entscheiden, welches der drei Ziele ihm bei den gegebenen Ressourcen wichtiger ist als die anderen?

Gruß !

Beitrag von „fossi74“ vom 8. Mai 2015 18:43

[Zitat von neleabels](#)

Was dabei rauskommt, hatten wir schon einmal in Deutschland.

Was wir damals hatten, war allerdings zu einem nicht geringen Teil auch das Ergebnis gerade der von Dir geforderten Haltung. Dass die damalige Regierung gerade nicht demokratisch legitimiert war, steht selbstredend auf einem anderen Blatt.

Viele Grüße
Fossi

Beitrag von „Piksieben“ vom 8. Mai 2015 19:47

Wir sind doch nicht einfach nur Staatsdiener. Wir sind auch Bürger und berechtigt, am öffentlichen Diskurs teilzunehmen. Wenn man das, was in Hamburg so vor sich geht, so hört, scheint da doch die Schulpolitik recht - hm - dynamisch zu sein, je nachdem, wer gerade regiert und welche Eltern gerade wieder aufschreien. Das ist doch auch Demokratie. Wenn einem das nicht passt: Mitreden, diskutieren! Sich einfach darauf zurückzuziehen, dass man halt nur seine Pflicht tut, ist doch ein bisschen wenig.

Auch in NRW treibt der Anspruch, dass keine Stunden ausfallen dürfen, manchmal seltsame Blüten.

Wobei ich die Bemerkung von dem Schulleiter wegen der internen Fortbildung nicht verwerflich finde. Wenn die Schule ausfällt, heißt das für Eltern immer Mehraufwand: Wo geht das Kind hin, bleibt einer der Eltern zu Hause usw. Ja, das sind Unannehmlichkeiten. Wenn ein Schulleiter das wahrnimmt, finde ich das ganz in Ordnung.

Beitrag von „Bolzbold“ vom 9. Mai 2015 10:24

[Zitat von fossi74](#)

Was wir damals hatten, war allerdings zu einem nicht geringen Teil auch das Ergebnis gerade der von Dir geforderten Haltung. Dass die damalige Regierung gerade nicht demokratisch legitimiert war, steht selbstredend auf einem anderen Blatt.

Viele Grüße
Fossi

OT: Da muss ich widersprechen. Die Nazis waren mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler anfangs sehr wohl demokratisch legitimiert. Das war unter anderem auch Teil ihrer Strategie.

Gruß
Bolzbold

Beitrag von „philosophus“ vom 9. Mai 2015 11:23

[Zitat von Bolzbold](#)

OT: Da muss ich widersprechen. Die Nazis waren mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler anfangs sehr wohl demokratisch legitimiert. Das war unter anderem auch Teil ihrer Strategie.

Gruß
Bolzbold

OT: Ich bin ja kein Historiker und muss mich deshalb möglicherweise mangelnden Fachwissens zeihen lassen, aber wie kann ein Antidemokrat, der bei seiner Ernennung zum Reichskanzler keine Mehrheit im Parlament hinter sich hatte, als demokratisch legitimiert gelten?

Beitrag von „neleabels“ vom 9. Mai 2015 11:30

[philosophus](#)

Das war deshalb möglich, weil die Verfassung der Weimarer Republik anders als das Grundgesetz keine Verteidigungsmöglichkeiten gegenüber Verfassungsfeinden kannte, die über die gegebenen politischen Wege den "Marsch durch die Institutionen" nahmen. Das war die dezidierte Strategie der NSDAP nach dem gescheiterten Hitler-Putsch und der Wiedezulassung als Partei. Hitlers erste Regierung war eine Koalitionsregierung mit Nationaldemokraten, deshalb war er bei der Machtergreifung am 30. Januar 1933 demokratisch legitimiert.

Beitrag von „philosophus“ vom 9. Mai 2015 13:52

OT (die zweite): Ja, aber die Koalitionsregierung mit der DVP (?) war doch eine Minderheitsregierung – inwieweit kann man doch noch von demokratischer Legitimierung

sprechen? Wenn jetzt die AfD im Bundestag säße und Gauck den Fraktionsvorsitzenden zum Kanzler ernennen würde, wäre der doch wohl kaum legitimiert?

Beitrag von „neleabels“ vom 9. Mai 2015 14:06

In der Weimarer Verfassung wurde der Reichskanzler nicht vom Parlament gewählt sondern vom Reichspräsidenten bestimmt. Für autoritär regierende Minderheitsregierungen, die ohne weiteres der Weimarer Reichsverfassung entsprachen, gab es durch die wechselnden Präsidialkabinette mehrere Vorbilder; insofern war das Kabinett Hitler sogar noch demokratischer als seine Vorgänger, da es auf einer breiteren Wahlbasis agierte.

Wie gesagt, die große Schwäche der Weimarer Verfassung war, dass sie kaum Möglichkeiten zur Selbstverteidigung hatte. Zu dieser Zeit war die Frage der "demokratischen Legitimierung" eine andere als heutzutage.

Beitrag von „Mikael“ vom 9. Mai 2015 17:02

[Godwin' Law?](#)

Beitrag von „c. p. moritz“ vom 9. Mai 2015 20:09

Zunächst einmal möchte ich "Machtergreifung" als NS-Terminus gern in Anführungszeichen sehen.

Zudem kann angesichts des Saal-Terrors der SA, der dazu führte, dass bestimmte Gruppierungen nicht zur Wahl gehen konnten, spätestens in der Wahl vom 5. März 1933 freilich nicht von einer freien Wahl gesprochen werden -- nicht zuletzt, weil bereits viele emigriert oder sonstwie gewaltsam gehindert waren zu wählen.

@Neleabels: Für gewöhnlich schätze ich deine Beiträge sehr, aber hier muss ich dezidiert widersprechen. Deine Argumentation mit Art. 48 und Art. 25 sticht in diesem Fall nicht, denn diese Möglichkeit der Präsidialregierungen allein ist selbstverständlich nicht der Punkt. In den

Krisenjahren der Weimarer Zeit hat die Anwendung von Notverordnungen sogar recht gut funktioniert. Deine Ausführungen über den mangelnden Selbstschutz der WRV im Gegensatz zum GG mit seiner "Ewigkeitsklausel" sind natürlich richtig, aber den Begründungszusammenhang zur Beantwortung der Frage, ob "Hitlers Aufstieg" legal gewesen sei, sehe ich hier nicht.

Im Prinzip argumentierst du wie der NS-Jurist Carl Schmitt, der dann später im Ermächtigungsgesetz letztendlich den "Vollzug des durch die Reichstagswahl vom 5. März 1933 erkennbar gewordenen Volkswillens" (Kommentar von 1933, abgedruckt in: Hofer, Walther: Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933 - 1945 Frankfurt/M. 1957, S. 57 f., Dok.-Nr. 27 b) sieht.

Ich weiß, dass man durchaus zwischen der Wahl vom November 32 und März 33 unterscheiden muss, im Grunde sehe ich die Problematik aber bei beiden gegeben. Umgekehrt meine ich allerdings auch nicht, dass völlig freie Wahlen die demokratischen Parteien übermäßig gestärkt hätten, denn DNVP und NSDAP waren ja nur die rechte Seite der antidemokratischen Parteien; die KPD auf der linken, erhielt bekanntlich ebenso zunehmenden Zulauf erhielt. Aber was predige ich dem Chor, das weißt du ja alles.

Mikael hat natürlich recht, ich habe auch lange überlegt, ob ich hier antworten soll, denn eigtl. sollte ich mein Abi weiterkorrigieren ...

Beitrag von „Claudius“ vom 9. Mai 2015 21:18

[Zitat von neleabels](#)

Wie gesagt, die große Schwäche der Weimarer Verfassung war, dass sie kaum Möglichkeiten zur Selbstverteidigung hatte. Zu dieser Zeit war die Frage der "demokratischen Legitimierung" eine andere als heutzutage.

In der Weimarer Reichsverfassung hatte der Reichspräsident doch eine starke Stellung im politischen System. Nur deshalb war es überhaupt möglich, dass jahrelang Regierungen von Hindenburgs Gnaden am Reichstag vorbeiregieren konnten. In der Bundesrepublik wäre sowas gar nicht möglich, dass der Bundespräsident einfach irgendwelche Regierungen ernennt, die dann ohne parlamentarische Zustimmung per Notverordnungen regieren können.

Beitrag von „c. p. moritz“ vom 9. Mai 2015 22:28

Wurde doch bereits ausgeführt, [Claudius](#). Stichwort "Präsidialregierungen" und Hinweis auf Art. 48 und 25!

Womit @Neleabels Hinweis auf die fehlenden Selbstverteidigungsmechanismen nicht etwa unwesentlich sind, sondern in diesem Kontext essenziell sind.

Hast du meinen POst gelesen, in dem ich bereits auf die sog. "Ewigkeitsklausel" (Art 79 Abs 3 GG) hinwies?

Ich zitiere:

„Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“

Genau ein Artikel in diesem Sinne fehlte der WRV, sodass die Nationalsozialisten scheinbar legal an die Macht kamen.

Beitrag von „Bolzbold“ vom 9. Mai 2015 22:29

[Zitat von Claudius](#)

In der Weimarer Reichsverfassung hatte der Reichspräsident doch eine starke Stellung im politischen System. Nur deshalb war es überhaupt möglich, dass jahrelang Regierungen von Hindenburgs Gnaden am Reichstag vorbeiregieren konnten. In der Bundesrepublik wäre sowas gar nicht möglich, dass der Bundespräsident einfach irgendwelche Regierungen ernennt, die dann ohne parlamentarische Zustimmung per Notverordnungen regieren können.

Das waren die Lehren, die das Bonner GG aus den Fehlern der WRV gezogen hatte. Man muss ergänzend erwähnen, dass die Väter der WRV einen konsequenten Missbrauch der Artikel 25 und 48 nicht antizipiert haben.

Was die Notverordnungen angeht, so hat Ebert bis 1924 alleine 135 davon erlassen. Hindenburg selbst hat in den ersten fünf Jahren seiner Amtszeit keine einzige erlassen und erst ab 1930, also sogar nach Beginn der Präsidialkabinette, damit begonnen (insgesamt 116.) (Quelle: Buchners Kolleg Geschichte 'Weimarer Republik und NS-Staat' S. 32ff.)

Vielleicht könnte ein unbeteiligter Mod den Thread themenspezifisch teilen, damit das ursprüngliche Anliegen nicht untergeht.

Beitrag von „c. p. moritz“ vom 9. Mai 2015 22:31

So ist es. Eben das schrieb ich oben mit dem Hinweis auf die erfolgreiche Anwendung der Notverordnungen in den Krisenjahren der Weimarer Republik.

Aber du hast Recht, der Thread wird gesprengt.

Beitrag von „alias“ vom 10. Mai 2015 08:16

Kann mal ein Moderator den Thread-Titel ändern oder Teile ausgliedern? Irgendwie habe ich den Eindruck, dass es hier nicht mehr um die Eingangsthematik geht.

Andererseits war das Eingangsposting bereits falsch formuliert. Zwar ist alles, was die Polis - die städtische Gemeinschaft - betrifft und geregelt wird, "politisch". Die Einführung der Ganztageschule ist jedoch zunächst eine pädagogische Maßnahme.

Wer heute noch die "Mama-wird's-am-Nachmittag-schon-richten"-Theorie vertritt, hat die Veränderungen der Lebenswirklichkeit in Deutschland verschlafen. Diese Familienstruktur war vielleicht bis in die achziger Jahre noch Standard. Heute kann man als männlicher Alleinverdiener eine Familie kaum noch ernähren - auch als Lehrer nicht.

Damit dieser Thread nicht auch noch in diese Richtung fehlläuft, habe ich dazu einen eigenen Thread eröffnet:

[Entwicklung der Lehrergehälter vs. Kaufkraft](#)

Back to Ganztagesunterricht:

Ich bin aus arbeitsökonomischen Gründen und in Befürchtung einer weiter wachsenden Belastung im Lehrerberuf kein Freund der Ganztagesbetreuung. Andererseits sehe ich, dass die Schüler nachmittags zunehmend einer geregelten Betreuung und Erziehung entgleiten - weil sie "Kevin allein zu Haus" spielen und ihr Mittagessen an der Dönerbude oder aus der Chipstüte bestreiten - und daher aus gesellschaftlichen und pädagogischen Gründen kein Weg daran vorbei führen wird.

Beitrag von „MarlenH“ vom 10. Mai 2015 08:46

Zitat von alias

Heute kann man als männlicher Alleinverdiener eine Familie kaum noch ernähren - auch als Lehrer nicht.

Auch meine Bemerkung passt nicht zum threadtitel, ich kann sie mir trotzdem nicht verkneifen.

Ich bin weibliche Alleinverdienerin und nicht mal verbeamtet. Wie haben zwar kein Haus und auch keinen Jahreswagen, aber leben trotzdem nicht ganz schlecht.

Beitrag von „alias“ vom 10. Mai 2015 09:04

Zitat von MarlenH

Auch meine Bemerkung passt nicht zum threadtitel, ich kann sie mir trotzdem nicht verkneifen.

Ich bin weibliche Alleinverdienerin und nicht mal verbeamtet. Wie haben zwar kein Haus und auch keinen Jahreswagen, aber leben trotzdem nicht ganz schlecht.

Dass wir besser leben als ein Hartz-IV-Bezieher möchte ich gar nicht bestreiten - ich habe jedoch den Eindruck (und liege damit sicher nicht daneben) dass wir als Lehrer von der allgemeinen Gehaltsentwicklung in den letzten 30 Jahren abgekoppelt wurden. Ein Ingenieur in der Metallindustrie (Fachhochschulstudium) verdiente in der mittleren Gehaltsgruppe 15 letztes Jahr bei 40-Stundenwoche 6233 € brutto. <http://www.engineering-igmetall.de/sites/default/...alter-Bawue.pdf>

Davon bleiben ihm knapp 4000 € netto - bei Steuerklasse III. Das sind knapp 1000 € mehr, als mir nach Abzug meiner KV auf dem Konto bleibt - und ich bin in den Dienstaltersstufen schon weit oben angelangt.

Beitrag von „MarlenH“ vom 10. Mai 2015 13:05

Das wollte ich auch nicht damit sagen. Wenn ich anfangen zu vergleichen, bin ich wahrscheinlich selten auf der Gewinnerseite. Nur bringt mir das wenig.

Beitrag von „Mikael“ vom 10. Mai 2015 17:23

[Zitat von alias](#)

Back to Ganztagesunterricht:

Ich bin aus arbeitsökonomischen Gründen und in Befürchtung einer weiter wachsenden Belastung im Lehrerberuf kein Freund der Ganztagesbetreuung. Andererseits sehe ich, dass die Schüler nachmittags zunehmend einer geregelten Betreuung und Erziehung entgleiten - weil sie "Kevin allein zu Haus" spielen und ihr Mittagessen an der Dönerbude oder aus der Chipstüte bestreiten - und daher aus gesellschaftlichen und pädagogischen Gründen kein Weg daran vorbei führen wird.

Das mag sein, aber: ERST MÜSSEN DIE BEDINGUNGEN STIMMEN (PERSONAL, RÄUME, AUSSTATTUNG), DANN KANN MAN ÜBER DIE EINFÜHRUNG VON GANZTAGSSCHULE NACHDENKEN.

Das ist auch der große Vorwurf, den ich Organisationen wie der GEW mache (und die ich daher als BERUFSständische Interessenvertretungen auch nicht ernst nehmen kann), dass man erst mit viel pädagogischem "HURRA!" die Ganztagschule (genauso: Einheitsschule) einführen will, und sich dann wundert, dass die Politik die notwendigen Bedingungen gerade NICHT im Nachhinein schaffen will. Warum sollte sie auch, wenn es auch so durch viel Selbstausbeutung auf Seiten der naiven Lehrerschaft ohne Zusatz-Ressourcen läuft. Merke: Großteile der Lehrerschaft und ihrer Interessenvertretungen sind leider in Fragen der Realpolitik und Finanzierbarkeit äußerst naiv, Politiker sind es GANZ SICHER NICHT!

Gruß !

Beitrag von „Claudius“ vom 11. Mai 2015 16:57

[Zitat von alias](#)

Back to Ganztagesunterricht:

Ich bin aus arbeitsökonomischen Gründen und in Befürchtung einer weiter wachsenden Belastung im Lehrerberuf kein Freund der Ganztagesbetreuung. Andererseits sehe ich, dass die Schüler nachmittags zunehmend einer geregelten Betreuung und Erziehung entgleiten - weil sie "Kevin allein zu Haus" spielen und ihr Mittagessen an der Dönerbude oder aus der Chipstüte bestreiten - und daher aus gesellschaftlichen und pädagogischen Gründen kein Weg daran vorbei führen wird.

Klingt für mich nach "Helicopterschule", dem institutionellen Pendant zu den "Helicoptereltern". Ich kenne kein Kind und keinen Jugendlichen, der selbst gerne den ganzen Tag in der Schule verbringen möchte. Und auch im Kollegenkreis kenne ich kaum jemanden, der Lust dazu hätte.

Beitrag von „Piksieben“ vom 11. Mai 2015 17:25

Was heißt "erstmal darüber nachdenken"? Das ist doch vielerorts längst Realität! In Grundschulen wird z. T. mit externen Trägern eine Betreuung organisiert. Im G8 ist auch schon viel Ganzttag, auch wenn die Schulen eigentlich noch gar nicht so weit sind. In der gymnasialen Oberstufe ist auch schon Unterricht den ganzen Tag über. An Gesamtschulen gibt es das auch schon lange.

Ob einem das als Schüler/in Spaß macht oder nicht, kann man sich nicht immer aussuchen, hängt aber auch stark davon ab, was angeboten wird. Wenn Sport, Musik, Hobby ... in der Schule stattfinden, ist das eine enorme organisatorische Erleichterung für alle Beteiligten. Gibt es auch schon (Kooperation mit Musikschule etc.). Was gibt es da noch groß zu diskutieren außer, wie man es besser machen kann? Ich sehe keinen Weg zurück zur Halbtagschule.

Beitrag von „Meike.“ vom 11. Mai 2015 21:56

[Zitat von Mikael](#)

Das ist auch der große Vorwurf, den ich Organisationen wie der GEW mache (und die ich daher als BERUFStändische Interessenvertretungen auch nicht ernst nehmen kann), dass man erst mit viel pädagogischem "HURRA!" die Ganzttagsschule (genauso: Einheitsschule) einführen will, und sich dann wundert, dass die Politik die notwendigen

Bedingungen gerade NICHT im Nachhinein schaffen will.

Schwachsinn. Die GEW hat von Anfang an genau DAS hier gesagt und immer wieder gefordert, diese Rahmenbedingungen müssten VORHER geregelt werden:

Zitat von Mikael

Das mag sein, aber: ERST MÜSSEN DIE BEDINGUNGEN STIMMEN (PERSONAL, RÄUME, AUSSTATTUNG), DANN KANN MAN ÜBER DIE EINFÜHRUNG VON GANZTAGSSCHULE NACHDENKEN.

Genau wie bei der Inklusion.

Beitrag von „Claudius“ vom 11. Mai 2015 22:44

Zitat von Piksieben

Ob einem das als Schüler/in Spaß macht oder nicht, kann man sich nicht immer aussuchen, hängt aber auch stark davon ab, was angeboten wird. Wenn Sport, Musik, Hobby ... in der Schule stattfinden, ist das eine enorme organisatorische Erleichterung für alle Beteiligten. Gibt es auch schon (Kooperation mit Musikschule etc.). Was gibt es da noch groß zu diskutieren außer, wie man es besser machen kann? Ich sehe keinen Weg zurück zur Halbtagschule.

Solange es sich nur um freiwillige Ganztagsangebote handelt, lässt sich darüber streiten. Eine Ganztagspflicht halte ich für inakzeptabel.

Beitrag von „sonnentanz“ vom 13. Mai 2015 16:21

Zitat von Claudius

Klingt für mich nach "Helicopterschule", dem institutionellen Pendant zu den "Helicoptereltern". Ich kenne kein Kind und keinen Jugendlichen, der selbst gerne den

ganzen Tag in der Schule verbringen möchte. Und auch im Kollegenkreis kenne ich kaum jemanden, der Lust dazu hätte.

Wir haben ein offenes Angebot für unsere Schüler morgens ab 7:30 Uhr. Wenn die Gt-Betreuer die Tür aufschließen, stehen meist schon 10-15 Kinder davor, die auf das Frühstück von der "Tafel" (von der örtlichen Kirchengemeinde gesponsert) warten. Und die kommen freiwillig, weil 's Zuhause kein Frühstück gibt und Mama und Papa noch im Bett sind und ihren Rausch ausschlafen. Viele bleiben gerne den ganzen Tag bei in der Schule.

Aber vielleicht kennen wir ja nicht die selben Kinder.

Beitrag von „Jule13“ vom 13. Mai 2015 17:46

[Zitat von Meike.](#)

Genau wie bei der Inklusion.

Naja, was vorher gefordert wurde, weiß ich nicht, weil ich da noch kein Mitglied war. Aber die Beiträge über Inklusion in den verschiedenen Schriften der GEW erwähnen für meinen Geschmack die desolaten personellen Verhältnisse und die Überfrachtung der Gesamtschulen (weil die Gymnasien sich raushalten) mit Inklusionskindern nicht deutlich genug. Das sind gravierende Missstände, die das von der GEW (und mir!) heißgeliebte Inklusionsprojekt zum Scheitern bringen werden, wenn sie nicht schleunigst abgestellt werden! Um das zu erreichen, muss man sie aber wenigstens deutlich benennen!

Beitrag von „fossi74“ vom 13. Mai 2015 19:47

[Zitat von alias](#)

Diese Familienstruktur war vielleicht bis in die achziger Jahre noch Standard.

Aber sie ist doch die gottgewollte, wenn man manchen Äußerungen in diesem Forum Glauben

schenken darf...

Beitrag von „Claudius“ vom 13. Mai 2015 23:54

[Zitat von simone61](#)

Wir haben ein offenes Angebot für unsere Schüler morgens ab 7:30 Uhr. Wenn die Gt-Betreuer die Tür aufschließen, stehen meist schon 10-15 Kinder davor, die auf das Frühstück von der "Tafel" (von der örtlichen Kirchengemeinde gesponsert) warten. Und die kommen freiwillig, weil 's Zuhause kein Frühstück gibt und Mama und Papa noch im Bett sind und ihren Rausch ausschlafen. Viele bleiben gerne den ganzen Tag bei in der Schule.

Aber vielleicht kennen wir ja nicht die selben Kinder.

Solche Extremfälle werden immer gern angeführt. Ich würde sicher auch nicht bestreiten, dass es sowas auch gibt. Aber dass es der Normalfall in dieser Gesellschaft sein soll, dass die Eltern morgens ihren Rausch ausschlafen und die Kinder auf das Frühstück von der Tafel angewiesen sind, würde ich vehement bestreiten.

Meine Schüler sind definitiv froh, wenn mittags die Schule aus ist. Die verabreden sich für den Nachmittag zum Schwimmen oder zum Eisessen und gehen in ihren Sportvereine. Und da wollen die frei und unbeobachtet sein von Eltern und Lehrern und sich selbst erproben.

Beitrag von „Elternschreck“ vom 14. Mai 2015 08:32

[Zitat von Claudius](#)

Solche Extremfälle werden immer gern angeführt. Ich würde sicher auch nicht bestreiten, dass es sowas auch gibt. Aber dass es der Normalfall in dieser Gesellschaft sein soll, dass die Eltern morgens ihren Rausch ausschlafen und die Kinder auf das Frühstück von der Tafel angewiesen sind, würde ich vehement bestreiten.

Nein und nochmals Nein, geehrter *Claudius* ! O.g. Extremfälle werden bestimmt nicht *gerne* angeführt, sondern immer häufiger als Realität wahrgenommen. Bei uns, und dabei sind wir immerhin Realschule, gehört es fast zur Normalität, dass etliche Kinder morgens, allein auf sich

gestellt, sich selbst in Gang bringen müssen. Natürlich ist die Schultasche nicht ordentlich gepackt und gefrühstückt wurde selbstverständlich auch nicht. Dass es mit der Konzentration am Vormittag mau ist, sei hier nur am Rande erwähnt.

Wenn ich die ein oder andere Mutter am Vormittag, meistens nach 10 Uhr, zu Hause anrufe, kommt mir fast immer ein schwerfälliges Gähnen entgegen. Woher diese Müdigkeit entstammt, möchte ich nicht mutmaßen.

Schulsozialarbeit und Jugendamt sehen bei so etwas noch keinen Handlungsbedarf. Habe den Hinweis erhalten, dass die da auch gar nicht einschreiten könnten, weil die o.g. Phänomene mehr als in jeder 2. Familie wahrnehmbar seien. Da wüssten die gar nicht, wo sie zuerst anfangen sollten.

Apropos *Tafel* : Ich wäre froh, wenn die sozial schlecht gestellten Eltern dieses Angebot für ihre Kinder wahrnehmen würden. Dass immer mehr Eltern sozial schlecht aufgestellt sind, nehme ich bei den Vorbereitungen für die Klassenfahrten wahr. Fast über ein Drittel der Eltern, obwohl preisgünstige Klassenfahrten, bekommen die Fahrten von den Ämtern und Förderverein der Schule bezahlt.

Wie gesagt, wir sind keine Brennpunktschule, eher eine Schule des sogenannten durchschnittlichen Bürger- und Kleinbürgertums. Image not found or type unknown